

Bückeberg / Diskussion

„Gewisse Geheimgremien“ verhindern Kontrolle

Über die Zukunft der Bundeswehr und die bereits angelaufene Bundeswehrreform hat die grüne Bundestagsabgeordnete Katja Keul, Mitglied des Verteidigungsausschusses, in der Schäferkaserne referiert. An der von der Sektion Minden der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) ausgerichteten Veranstaltung nahmen außer zahlreichen Offizieren auch viele interessierte Zivilisten teil.



Eine Grüne beim Militär: Im Lehrsaal der Schäferkaserne erläutert die Bundestagsabgeordnete Katja Keul ihre Ansichten und die ihrer Partei rund um die zukünftige Ausrichtung der Bundeswehr.

Bückeberg (wk). Das Thema „Krieg und Frieden“ sei zwar bis heute „eine offene Baustelle“ bei den Grünen, dennoch habe es die Partei nach engagierten internen Diskussionen geschafft, ein umfassendes Bundeswehropapier zu formulieren, berichtete die 41-jährige Juristin. Inhaltlich verwies sie dabei unter anderem auf das „Primat der zivilen Mittel“, wonach eine militärische Intervention bei Konflikten nur als die Letzte aller Möglichkeiten ins Auge gefasst und nicht zum Ersatz für Politik werden dürfe. Am Beispiel Afghanistan könne man sehen, dass so etwas auch gar nicht funktioniert.

Was die Auslandseinsätze der Bundeswehr betrifft, forderte Keul eindeutig definierte Handlungsgrundlagen, die auch den einzelnen Soldaten Klarheit darüber verschaffen, was erlaubt ist und was nicht.

Ein ganz wichtiger Punkt sei zudem die parlamentarische Kontrolle und Transparenz des Einsatzgeschehens, die zurzeit aber nur unzureichend gegeben sei. Insbesondere hinsichtlich

der sogenannten Spezialkräfte der Bundeswehr gebe es nämlich „gewisse Geheimgremien“, die allein Einblick in als geheim eingestufte Dokumente erhalten.

Das gleiche Problem bestehe übrigens auch auf europäischer Ebene, wo viele der großen Entscheidungen getroffen würden. Unabhängig davon müsse man – aus Sicht der Grünen – bei militärischen Interventionen zwischen einem „multilateralen Einsatz mit UN-Mandat“ und eben einem „eben nicht akzeptablen Anlass“ unterscheiden. Eine große politische Brisanz sah Keul in der Frage der Beschaffungspolitik – sprich: der Rüstungsaufträge seitens des Bundes. Denn hier bestehe die Gefahr, dass die Politik der mächtigen Rüstungsindustrie im Gegenzug zu den rückläufigen nationalen Aufträgen (als Folge der mit der Bundeswehrreform einhergehenden Einsparungen) Exporthilfen gewährt, um die Industrie zu besänftigen. Eine Ausweitung des Rüstungsexports sei mit den Grünen allerdings nicht zu machen, betonte die Politikerin. Klar sei jedoch, dass auch zukünftig gewisse Investitionen notwendig sind, um die Attraktivität der sich zu einer Freiwilligenarmee entwickelnden Bundeswehr zu steigern.

Die zulässigen Aufgaben der Bundeswehr beschränkte Keul nach wie vor auf lediglich die Landesverteidigung, die Beteiligung an UN-Friedensmissionen, die Rettung und Evakuierung deutscher Bevölkerungsteile im Ausland sowie die militärische Beratung anderer Länder nebst Ausbildungshilfe. Dem letztgenannten Punkt stehe sie allerdings schon skeptisch gegenüber und wünsche sich einen engeren Rahmen der in Frage kommenden Länder, betonte die Referentin. Eine klare Absage erteilte sie dagegen der „nuklearen Teilhabe“ der Bundeswehr, wohingegen sie deren Mitgliedschaft in der Nato ausdrücklich nicht in Frage stellte.

Bei der anschließenden Diskussion kritisierte einer der Offiziere, dass die Konzeptlosigkeit hinsichtlich des Afghanistan-Einsatzes nicht zuletzt auch auf die vorherige Rot-Grüne-Regierung zurückgehe. „Das hindert einen ja nicht, aus Fehlern zu lernen“, konterte Keul, nachdem sie eingeräumt hatte, dass damals sicherlich auch Fehler gemacht worden waren.

Als eine „in der Tat schwierige Frage“ bewertete sie einen Einwand von Brigadegeneral Reinhard Wolski, Kommandeur der Heeresfliegerwaffenschule Achum, der wissen wollte, wie auf europäischer Ebene besser geregelt werden solle, dass die mitunter recht unterschiedlichen Ziele der einzelnen Nationen trotzdem unter einem Mandat funktionieren. Hintergrund für diese Wortmeldung dürfte eine Position der Grünen in deren Fraktionsbeschluss gewesen sein, nach der eine Bündelung der Fähigkeiten und Ausrüstungen der einzelnen Armeen auf europäischer Ebene gefordert wird.

Als regelrecht „wütend“ bezeichnete sich ein Offizier, der „die Last der Soldaten“ durch die Grünen etwa beim Einsatz in Afghanistan als nicht ausreichend gewürdigt empfand. Dazu entgegnete die Bundestagsabgeordnete, dass das Bundeswehrpapier der Partei unter anderen auch Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Behandlung von traumatisierten Soldaten vorsehe.